

Erklärung

des Präsidiums des OKV e.V.

Gegen den Abbau kultureller Brücken und die Eskalation politischer Feindbilder

Wir verurteilen die politisch motivierte Schließung des Russischen Hauses. Dieser Schritt bedeutet das bewusste Abreißen kultureller Brücken zu einem unserer Nachbarstaaten – ein Angriff auf den Austausch zwischen Menschen, auf Verständigung und auf die Grundlagen einer friedensorientierten Außenpolitik. Dass diese Maßnahme lange vorbereitet wurde, zeigt die Vielzahl an Hass-Kommentaren und Forderungen aus Teilen der ukrainischen Community und ihrer Fürsprecher in Deutschland – bereits weit vor der sogenannten „Geheimtagung“ im Museum Karlshorst, bei der über die „Umwidmung“ sowjetischer Ehrenmale beraten wurde. Diese Entwicklung ist Ausdruck einer zunehmend konfrontativen politischen Linie. Wohin führt diese Politik? Sie führt erklärtermaßen zu „Kriegstüchtigkeit“: zu Russophobie, zu Hass und Hetze, zu Hochrüstung, zu massivem Sozialabbau, zu Demokratieabbau und zum Niedergang ziviler Wirtschaftsbereiche. Genau diese Entwicklung sehen wir derzeit in Deutschland in den Startblöcken. Wofür treten wir ein? Für die Förderung kultureller Beziehungen zu den Menschen aller Staaten. Für wirtschaftliche Kooperation zum gegenseitigen Vorteil – auch zum Vorteil Deutschlands. Für den massiven Abbau der Rüstungsförderung und die Rücknahme der faktischen „Kriegskredite“. Für die Stärkung von Industrie und Landwirtschaft, um produktive Beschäftigung zu sichern und gesellschaftliche Umwälzungen – auch durch neue Technologien wie KI – gemeinsam zu bewältigen. All dies braucht internationale Zusammenarbeit und wirtschaftlichen Austausch. Kultur ist die erste Brücke. Ohne diesen Austausch wird Deutschland die kommenden Herausforderungen sichtbar nicht meistern. Die Verurteilung der Schließung des Russischen Hauses richtet sich daher nicht nur gegen eine einzelne Maßnahme, sondern gegen die politische Linie der derzeit Regierenden, die damit eingeschlagen wird. Diese Politik dient nach unserer Auffassung nicht den Interessen des Deutschen Volkes – wie es der Amtseid gemäß Artikel 56 des Grundgesetzes fordert. -----

----- Proteste gegen die Schließung des Russischen Hauses
Protestbrief von Organisationen und Einzelpersonen der Bundesrepublik Deutschland an die Bundesregierung wegen geplanter : - Schließung des Generalkonsulates der Russischen Föderation in Bonn, - Kündigung des Vertrages für das Russische Haus in Berlin, - verschärfter Einreisekontrollen für russische Staatsangehörige - des erhöhten Drucks auf die russische „Schattenflotte“, was immer das auch bedeutet, denn laut Seerecht gibt es KEINE Schattenflotten. Ausgangspunkt für diese geplanten Unternehmungen der Bundesrepublik Deutschland sind - wie auf der Pressekonferenz von Bundesaußenminister Wadepuhl und Bundesinnenminister Dobrindt am 4. September anberaumter Pressekonferenz erklärten – der angebliche Drohnenangriff Russlands am 4. August 2026 auf den Flughafen Leipzig Halle, dessen Zusammenspiel der einzelnen Elemente als „professionell bezeichnet werden müsse“ und in „den Bereich von Low-Level Agenten zuzuordnen sei“. Bundesaußenminister Wadepuhl erklärte aufgrund der eingeleiteten Untersuchungen, dass „die Bundesregierung davon ausgeht, dass Deutschland Ziel weiterer solcher Angriffe Russlands war und sein wird.

Man befinde sich nicht im Krieg mit Russland“, sei aber „Kriegsziel“. Diese Äußerungen der Bundesregierung Deutschland müssen im Zusammenhang mit der von Bundesfinanzminister Klingbeil bei dem Treffen der Finanzminister der G20-Staaten in US-Bundesstaat North Carolina in Anwesenheit auch des russischen Finanzministers gesehen werden „Es darf keine Normalisierung der Beziehungen zu Moskau geben, solange der Krieg gegen die Ukraine andauert“> <https://tsde.li/g20-russland-protest> Dieser falsche Ausgangspunkt der Bundesregierung ist seit der Militäraktion Russlands am 24. Februar 2022 auf die Ukraine in Antwort auf den blutigen Regimechange der USA in der ganzen Ukraine im Jahre 2022, der von allen NATO-Staaten ideell, logistisch und militärisch unterstützt wurde, zu sehen. Die neue ukrainische Regierung – von ultrarechten Kräften gegründet –ging mit brutaler militärischer Gewalt vor allem gegen die Donbass Republiken Donezk und Lugansk vor, die sich weigerten, diese vom ukrainischen Parlament nicht gewählte Regierung anzuerkennen, mit gezieltem Mord an der dortigen Zivilbevölkerung, Bombardements friedlicher Dörfer und Städte in Angst und Schrecken gehalten. Das Vorgehen der ukrainischen Regierung wurde mit ideeller und militärischer Gewalt von den übrigen NATO-Staaten gebilligt, was eklatant gegen internationales Recht verstieß. Die beiden Donbass Republiken hatten wiederholt Russland gebeten, sie in die Russische Föderation aufzunehmen und unter ihre Schutzmacht zu stellen. Russland zögerte lange, weil man die Souveränität der ganzen Ukraine erhalten wollte, was auch durch das Minsk 2-Abkommen zum Ausdruck kam, aber vor allem seitens Deutschlands verhindert wurde. Ein Kompromiss war nicht vorgesehen. Man paktierte lieber mit den durch einen Militärputsch zur Macht gekommenen ukrainischen Faschisten. Erst als am 22. Und 23. Februar 2022 durch einen Regierungsbefehl der ukrainischen Regierung veranlasst, ein Flächenbombardement dieser Donbass- Republiken begann, um diese Gebiete gewaltsam der ukrainischen faschistischen, zu Unrecht an die Macht gekommenen Regierung, einzuverleiben, gab der russische Präsident Wladimir Putin am 23. Februar 2022 seine Einwilligung für die Aufnahme von Donezk und Lugansk in die Russische Föderation. Allein in den Donbass Republiken wurden durch diesen sogen. Ukrainekrieg – der bis heute andauert -- ca. 15-20 000 Zivilisten ermordet. Seit der Militäraktion Russlands gegen die unrechtmäßige, durch einen Militärputsch an die Macht gekommene ukrainische Regierung in Folge bis zum Machtantritt Zelenskys wird diese ukrainische Regierung nicht etwa von Deutschland nur geduldet, sondern sogar militärisch mit Angriffswaffen unterstützt, die seit Kurzem auch russisches Territorium bombardieren. Der von der Bundesregierung wiederholt zitierte „Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine“ im Februar 2022 war also in Wirklichkeit eine Reaktion Russlands auf die von den US/NATO Regierungen provozierten blutigen Regimechange in der Ukraine im Jahre 2022 und ist von dem Artikel 51 der UNO-Charta gedeckt.

- Diese Aussage wurde von der weltweit größten Friedensbewegung der Welt- dem US – Friedensrat- > USPC@USPeaceCouncil.org <https://uspeacecouncil.org> • <https://www.facebook.com> am 24. März 2022

als auch von ca. 250 000 Basismitgliedern von deutschen Organisationen getragenen Strafanzeige gegen die Bundesregierung am 20. Januar 2023 wegen Verletzung des

Artikels 26 Grundgesetz der Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen Russland so interpretiert:

Wir, die hier unterzeichnenden Einzelpersonen und Organisationen Deutschlands protestieren und warnen deshalb gegen die von der jetzigen Bundesregierung Deutschland geplanten unfreundlichen Akte gegen die Russische Föderation, weil sie einer Überprüfung der Faktenlage nicht standhalten und in einen wirklichen atomaren Schlagabtausch zwischen Deutschland und Russland führen könnten, der dann, so, wie schon der ehemalige Bundeskanzler Kohl mit dem damaligen Verteidigungsminister Dr. Willy Wimmer nach der NATO-Atomkriegsübung Wintex auf deutschem Boden im Jahre 1989 prophezeiten, den Untergang Deutschlands, ja Europas, nach sich ziehen könnte.

Unterzeichner:

Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden e.V. u. a.